



Refugee Law Clinic Saarbrücken e.V.

vorsitz@rlcsaar.de

www.rlcsaar.info



Saarländischer Flüchtlingsrat e.V.

fluechtlingsrat@asyl-saar.de

www.asyl-saar.de

Bleiberecht ermöglichen – Abschiebungen verhindern

Zum diesjährigen Tag des Flüchtlings appellieren die Refugee Law Clinic Saarbrücken und der Saarländische Flüchtlingsrat an die saarländische Landesregierung: Die zunehmend kompromisslose Abschiebepolitik wird den Lebensrealitäten der Betroffenen nicht gerecht. Gefragt ist eine pragmatische Politik, die Bleibeperspektiven eröffnet und die Rechte der Betroffenen in den Mittelpunkt stellt.

Vollzug und Durchführung von Abschiebungen sind Ländersache. Deshalb erwarten wir von der SPD-Alleinregierung, Innenminister Reinhold Jost und der Zentralen Ausländerbehörde (ZAB) in Lebach, die bestehenden politischen und administrativen Spielräume konsequenter zu nutzen, um Menschen ein Bleiberecht zu ermöglichen und Abschiebungen zu verhindern. Allerdings gilt bei der ZAB nach wie vor: Nichts geht mehr – außer Abschiebungen. Dafür wird der Sachbereich „Aufenthaltsbeendigung“ sogar mit zwölf neuen Stellen aufgerüstet. Die Prioritätensetzung könnte kaum deutlicher sein.

Als der AfD-Spitzenkandidat in Sachsen-Anhalt, Ulrich Siegmund, vor Kurzem erklärte, er brauche die Rüstungsindustrie für eine spätere Remigrations- und Abschiebeoffensive, war die Empörung im Land groß. Zu Recht. Doch nicht nur die AfD fordert eine immer härtere Abschiebepolitik. Aus vielen Teilen der Republik erreichen uns Berichte über Abschiebungen, bei denen Gewalt, Fesselungen und andere Zwangsmaßnahmen zum Einsatz kommen. Wir erinnern an den gewaltsamen Abschiebeversuch einer kurdischen Familie im Lager Lebach Mitte August: Unter massivem Polizeiaufgebot sollte eine Familie mit zwei kleinen Kindern abgeschoben werden – darunter ein psychisch angeschlagener Vater und eine Mutter im sechsten Schwangerschaftsmonat.

Aus den Medien erfahren wir: Reinhold Jost will mehr Abschiebungen und er will, dass sie reibungslos funktionieren. Nachdem das Bundesverfassungsgericht klargestellt hatte, dass die Unverletzlichkeit der Wohnung auch in Flüchtlingsunterkünften gilt, beklagte er angesichts sinkender Abschiebezahlen, man „dürfe“ eben nicht so, wie man „wolle“. Das ist schon bemerkenswert: Rechtsstaatliche Grenzen erscheinen hinderlich, wenn sie einer möglichst reibungslosen Abschiebung entgegenstehen.

An anderer Stelle rechtfertigt Innenminister Jost Abschiebungen ausdrücklich mit der Durchsetzung des Rechtsstaates - und ignoriert ihn bei der Frage, wohin abgeschoben werden soll. So erklärte er, er wolle alle afghanischen Geflüchteten die „vollziehbar ausreisepflichtig sind“ nach Afghanistan abschieben, was nur möglich ist, wenn deutsche Behörden direkt mit der terroristischen Taliban zusammenarbeiten. Die katastrophale Menschenrechts- und Sicherheitslage in Afghanistan und insbesondere die Situation der Frauen werden dabei bewusst ausgeblendet. Diesen staatlichen Zynismus bringt Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) selbst auf den Punkt: „*Wir haben mit*

Afghanistan ein funktionierendes System etabliert (...) Kein anderes europäisches Land ist zurzeit in der Lage, Abschiebungen nach Afghanistan durchzuführen.“

Auch die Anerkennungspraxis des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bei syrischen Schutzsuchenden hat sich drastisch verschärft. Im Saarland sind davon Hunderte betroffen, darunter Menschen christlicher, kurdischer, drusischer, jesidischer und alawitischer Herkunft, die in Syrien immer noch benachteiligt werden. Gleichzeitig sieht der Koalitionsvertrag der Bundesregierung als nächsten Schritt Abschiebungen nach Syrien vor - in ein instabiles und zerrüttetes Land mit desolater Menschenrechtslage und einem Präsidenten, der zuvor in dschihadistischen Gruppen wie al-Qaida aktiv war. Unter seiner Führung verübten islamistische Milizen schwerste Menschenrechtsverletzungen wie Massaker, Entführungen und Vertreibungen.

Unter dem Diktum „2015 darf sich nicht mehr wiederholen“, hat sich über Jahre eine destruktive und rassistisch aufgeladene Debatte entwickelt. Mit der zunehmenden Normalisierung der AfD werden Rassismus, Ausgrenzung, Gewalt sowie Forderungen nach „Remigration“ gegenüber Geflüchteten salonfähig. In den Parlamenten wie in der Gesellschaft wird Flüchtlingspolitik fast nur noch als Sicherheitspolitik und Krisenmanagement verhandelt, wodurch Geflüchtete von Personen zum Problem werden. Wer spricht noch von Willkommen und sozialer Teilhabe?

Die aus fast allen politischen Lagern permanent wiederholte Forderung nach mehr und schnelleren Abschiebungen ist verantwortungslos und stärkt nur rassistische Narrative. Sie führt zu einer spürbaren Verunsicherung bei vielen Geflüchteten. Deshalb unser Appell an die saarländische Landesregierung: Rüsten Sie sprachlich und ganz materiell bei Abschiebungen ab. Beenden Sie die Politik der Drohungen und der Verunsicherung. Suchen Sie stattdessen Lösungen, die die Menschenwürde achten und den Betroffenen eine sichere Perspektive geben. Lassen Sie darüber hinaus nicht zu, dass aus politischem Kalkül Errungenschaften wie das Asylrecht oder offene Grenzen demontiert werden.

Saarlouis und Saarbrücken, 2. Oktober 2026